Stellungnahmen der Abgeordneten
Dr. Tanja Machalet (SPD), Carsten Linnemann (CDU),
Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) und Johannes Vogel (FDP)
zur Frage der
„Abschaffung der Abgeordnetenpension“

Inhalt

Stellungnahme von Dr. Tanja Machalet (SPD) vom 30.08.2023 2

Stellungnahme von Carsten Linnemann (CDU) vom 19.09.2023.....3

Stellungnahme von Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) vom 11.08.2023 4

Stellungnahme von Johannes Vogel (FDP) vom 18.08.2023 5

Stellungnahme von Dr. Tanja Machalet (SPD) vom 30.08.2023

Dr. Tanja Machalet ist Mitglied des Bundestages und rentenpolitische Sprecherin SPD-Bundestagsfraktion

Quelle: hier

„Als rentenpolitische Sprecherin der SPD bin ich mit der Debatte rund um die Abgeordnetenpension gut vertraut und befürworte die Einzahlung der Abgeordneten in die gesetzliche Rentenversicherung ausdrücklich. Es würde den Abgeordneten gut zu Gesicht stehen, sich ein Stück weit mit denselben Herausforderungen der Rente konfrontiert zu sehen, wie die Menschen, die sie vertreten.

Oft wird angeführt, dass die Einzahlung der Abgeordneten keine maßgebliche Wirkung auf die finanzpolitische Lage des Rentensystems nehmen würde. In Form einer Erwerbstätigenversicherung, in der alle Erwerbstätigen und damit auch Beamte, Selbstständige und letztendlich Abgeordnete einzahlen, würde eine solche Erwerbstätigenversicherung zu deutlichen Mehreinnahmen führen und eine Finanzierung auf einer breiteren Basis ermöglichen. Bisher fehlten uns als SPD dafür die Mehrheiten.

Daher ist jetzt umso wichtiger, für eine solide gesetzliche Rentenversicherung zu sorgen. Hierfür ist ein starker und stabiler Arbeitsmarkt von zentraler Bedeutung. Um mehr Menschen in den Arbeitsmarkt einzubeziehen, haben wir zum Beispiel im Kampf gegen den Fachkräftemangel das Einwanderungsrecht modernisiert, wir haben eine neue Aus- und Weiterbildungsstrategie eingeführt und ergreifen weitere Maßnahmen.“

Stellungnahme von Carsten Linnemann (CDU) vom 19.09.2023

Carsten Linnemann ist Mitglied des Bundestages und Generalsekretär der CDU

Quelle: hier

„Als Bundestagsabgeordneter mache ich mich seit langem für eine grundlegende Reform der Altersversorgung im Abgeordnetenrecht stark. Ich bin der Meinung, dass wir selbst für unser Alter vorsorgen sollten. Gemeinsam mit anderen Parlamentariern habe ich in der vergangenen Legislaturperiode deshalb eine entsprechende Initiative gestartet. Jetzt ist die Ampel gefragt, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einzusetzen, um zeitnah einen Reformvorschlag zu erarbeiten!“

Stellungnahme von Britta Haßelmann (Bündnis 90/Die Grünen) vom 11.08.2023

Britta Haßelmann ist Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Quelle: hier

„Als Grüne wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger im Alter gut absichern. Deswegen sollen perspektivisch alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihren Einkunftsarten, in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Das schließt ausdrücklich auch Mitglieder des Deutschen Bundestages mit ein. Das Anliegen der Petition überschneidet sich daher mit der Forderung aus dem Wahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Mitglieder des Deutschen Bundestages in eine Bürgerversicherung aufzunehmen.
Mit der Einigung im Koalitionsvertrag, eine Altersvorsorgepflicht für Selbständige einzuführen, gehen wir wichtige Schritte. Zwar fehlen uns gegenwärtig die politischen Mehrheiten, um mit der Einbeziehung von Abgeordneten in die gesetzliche Rente hier noch ein gutes Stück weiter voranzukommen. Diese Forderung bleibt für uns aber unverändert wichtiger Bestandteil einer modernen und solidarischen Rentenversicherung, für die wir uns weiter einsetzen.“

Stellungnahme von Johannes Vogel (FDP) vom 18.08.2023

Johannes Vogel ist stellvertretender Vorsitzender der FDP und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP im Bundestag

Quelle: hier

„Die aktuelle Regelung der Altersentschädigung ist besser als frühere Modelle, ich halte sie dennoch für nicht mehr zeitgemäß.
Anstatt im Rahmen einer Sonderregelung Altersversorgung zu erhalten, sollten Bundestagsabgeordnete selbst für ihr Alter vorsorgen. Gleichzeitig muss eine angemessene Absicherung nach Ausscheiden aus dem Parlament und die Unabhängigkeit des Mandats gewährleistet sein. Ich halte eine Lösung nach schleswig-holsteinischem Modell für sinnvoll. Dort gilt für Abgeordneten eine Pflicht zur Altersvorsorge. Sie sollen aber dabei frei über die Form ihrer Altersversorgung entscheiden können, wie Selbständige auch.

Wir sollten dieses Thema interfraktionell angehen!“